Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 13./IX. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Dienstag, dem 30.04.2013, 16.00 Uhr, im Rathaus - Zi. 117

		<u>Seite</u>
1.	Audiovisuelle Aufzeichnung und Bereitstellung von Rats- und Ausschusssitzungen - Antrag des Kreisverbandes Kleve der Piratenpartei Deutschlands vom 17.03.2013 - Drucksache Nr. 764 /IX	3 - 4
2.	Mitteilungen ./.	4
3.	Anfragen a) Pilotprojekt "Kehren auf Klever Straßen verbunden mit Parkverboten"	4

Niederschrift

über die öffentliche 13./IX. Ratsperiode Sitzung des Ausschusses für Bürgeranträge der Stadt Kleve am Dienstag, dem 30.04.2013, 16.00 Uhr, im Rathaus - Zi. 117

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Teigelkötter, Friedrich (CDU) sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz SPD
Fischer, Heidi SPD
Fleskes, Jörg CDU
Kepser, Friederike CDU
Kersten, Sebastian FDP
Kröll, Annette CDU

Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig Bündnis 90/ DIE GRÜNEN (ab 16.07

Uhr, TOP 1.)

Verhoeven, Werner CDU

das beratende Mitglied:

Bartsch, Ursula

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeister Brauer Erster Beigeordneter Haas Verwaltungsrätin Keysers Oberinspektorin Berns als Schriftführerin Ausschussvorsitzender Teigelkötter begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Bürgeranträge fest. Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift der letzten Sitzung ergeben sich nicht.

1. Audiovisuelle Aufzeichnung und Bereitstellung von Rats- und Ausschusssitzungen

- Antrag des Kreisverbandes Kleve der Piratenpartei Deutschlands vom 17.03.2013
- Drucksache Nr. 764 /IX. -

Bürgermeister Brauer führt ergänzend zur Drucksache aus, dass die Verwaltung dieser Anregung offen gegenüberstehe und zunächst unabhängig von einer Prüfung der technischen Voraussetzungen sowie der Ermittlung der Kosten aufgezeigt habe, dass eine Umsetzung unter differenzierter Abwägung der Beteiligten möglich sei.

StV. Kröll teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen werde, da der Aufwand und die zu erwartenden negativen Begleitumstände in keiner vertretbaren Relation zum Nutzen stehen würden. Sie beantragt, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern: "Der Ausschuss für Bürgeranträge beschließt, die Anregungen der "Piratenpartei-Deutschland Kreisverband Kleve" nicht umzusetzen."

Zu den Gründen führt sie aus, dass das Landesdatenschutzgesetz keine ausreichende Rechtsgrundlage für eine Umsetzung der audiovisuellen Aufzeichnung und Bereitstellung von Rats- und Ausschusssitzungen enthalte. Für eine Umsetzung bedürfe es nicht nur der Zustimmung der Mitglieder der Vertretung, sondern auch der Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie der anwesenden Bürgerinnen und Bürger, insbesondere bei Nutzung der Bürgerfragestunde. Hinzu kämen die Kosten, die neben dem Aufwand für die technische Ausstattung auch den für das Personal, welches die vorbereitenden Arbeiten sowie die eigentliche Aufzeichnung und Bereitstellung der Sitzungen durchführe, umfassten. Eine Umsetzung hätte mit Sicherheit auch Auswirkungen auf die Sitzungskultur. Außerdem bestünde die Gefahr des Missbrauchs des audiovisuellen Materials im Internet. In anderen Kommunen sei zudem die Erfahrung gemacht worden, dass das Interesse an einer Übertragung bzw. Bereitstellung der Sitzungen im Internet stetig abgenommen habe.

StV. Fischer äußert, dass sich auch die SPD-Fraktion gegen eine Umsetzung der Anregungen der Piratenpartei ausspreche, da ihre Fraktion mit Blick auf die derzeitigen Zuschauerzahlen bei Rats- und Ausschusssitzungen den Bedarf nicht sehe. Grundsätzlich habe jeder die Möglichkeit an Sitzungen teilzunehmen. Der Drucksache hätten sie zwar ihre Zustimmung gegeben, könnten aber auch dem Antrag der CDU-Fraktion folgen.

StV. Kersten schließt sich seinen Vorrednerinnen an. Auch die FDP-Fraktion lehne eine Umsetzung insbesondere aufgrund des möglichen Missbrauchs ab und werde dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

StV. Dr. Meyer-Wilmes teilt mit, dass ihre Fraktion sich gegen die audiovisuelle Aufzeichnung und Bereitstellung von Sitzungen ausspreche. Sie verweist auf ein aktuelles Verfahrensgutachten, welches das Spannungsfeld zwischen dem Informationsinteresse der Allgemeinheit und den Betroffenen klären solle. Aufgrund der Teilnahmemöglichkeit und den Niederschriften sei eine ausreichende Information über die Sitzungen vorhanden.

Ausschussvorsitzender Teigelkötter lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen. Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgeranträge beschließt, die Anregungen der "Piratenpartei-Deutschland Kreisverband Kleve" nicht umzusetzen.

2. Mitteilungen

./.

3. Anfragen

a) Pilotprojekt "Kehren in Klever Straßen verbunden mit Parkverboten"

Beratendes Mitglied Bartsch bezieht sich auf das von der Stadt durchgeführte Pilotprojekt zum Kehren von Straßen im Stadtgebiet. Aufgrund der notwendigen Parkverbote weichten die betroffenen Anlieger auf umliegende Straßen aus. Das Projekt umfasse auch den Straßenabschnitt Frankenstraße, zwischen Römerstraße und Brabanterstraße. Sie bittet die Verwaltung um schriftliche Beantwortung, in wieweit einer Anwohnerin der Frankenstraße mit einer Schwerbehinderung eine Ausnahmegenehmigung zum Parken ihres Kfz etwa in Form eines Behindertenparkplatzes erteilt werden könne.

Erster Beigeordneter Haas sagt Prüfung und schriftliche Rückmeldung an die Fraktionen sowie die betroffene Anwohnerin zu.

Ende der Sitzung: 16.13 Uhr

(Teigelkötter) Vorsitzender (Berns) Schriftführerin